

Rede Finanzminister Josef Pröll „Projekt Österreich“

*** ES GILT DAS GESPROCHENE WORT ***

190 Mrd. Euro Schulden.

13 Mrd. Euro Neuverschuldung in einem Jahr.

8 Mrd. Euro nur für Zinszahlungen im Jahr 2009.

Über 9 Mrd. Euro weniger Wirtschaftsleistung
als vor einem Jahr.

Herzlich willkommen im Finanzministerium.

Traditionell der Kopf der Finanzverwaltung:

Für mich vom ersten Tag an auch
das Herz der Politikgestaltung.

Nicht alle, die eingeladen wurden, sind gekommen.

Oder konnten kommen.

Aber über die vielen, die gekommen sind,
freue ich mich ganz besonders.

„Projekt Österreich“.

Die Zeit. Das Ziel. Die Chance.

Der Titel sagt, worum es geht.

Es geht hier nicht um weitreichende Utopien
für die nächsten Jahrzehnte.

Es geht um ganz konkrete
Herausforderungen und Aufgaben der nächsten Jahre.
Und Monate.

Und die sind weitreichend genug.
Lassen Sie mich das gleich zu Anfang klarstellen.

Es gibt Politiker, die mit großen Visionen begeistern,
aber dann in den Mühen der Tagespolitik
an ihre Grenzen stoßen.

Wir haben das oft genug erlebt.
Und wir erleben das in diesen Tagen in den USA.

Ich will den umgekehrten Weg gehen:

Jetzt die Arbeit machen, die zu tun ist.
Sie ist schwer genug.

„Projekt Österreich“ heißt:

Es ist etwas auf dem Weg.
Es gibt ein Ziel.
Und es gibt noch viel Arbeit.

Und wenn wir über das „Projekt Österreich“ sprechen:

Denken wir kurz darüber nach,
was dieses Österreich eigentlich für uns ist.

Von außen betrachtet ein kleines Land.
In Wahrheit aber ein großartiges Land.

Ein Land, das weltweit eine enorme Bekanntheit hat

Ein Land, das großartige Sympathiewerte genießt.

Ökonomisch betrachtet:

Eine Marke mit enormem Potential.

Dieses Österreich hat in den letzten Jahrzehnten
eine beeindruckende Erfolgsgeschichte geschrieben.

Die Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe prägt die Wirtschaft.

Wir haben eine Industrie,

die weltweit mit Intelligenz und Innovation punktet.

Nicht mit Größe.

Alle Rankings zeigen es und bestätigen es immer wieder:

Wir gehören zur Weltspitze in der Lebensqualität.

Wir sind ganz vorne beim Wohlstand.

Aber: Wir sind nicht ganz so weit vorn,
wenn es um Wettbewerbsfähigkeit geht.

Genau das ist aber der Punkt.

Denn nur wenn wir wettbewerbsfähig sind,
können wir unsere Position
in der Lebensqualität und beim Wohlstand
auf Dauer behaupten –
und behalten.

Dieses Österreich ist selbst
wie ein Mittelständisches Unternehmen
im globalen Wettbewerb.

Und genau so müssen wir uns verstehen:

Schneller – flexibler – geschmeidiger.

Die Herausforderungen, die vor uns liegen,
sind gewaltig:

Neue Technologien, die demografische Entwicklung.
Die immer stärkere internationale Vernetzung
und Abhängigkeit.
Der Klimawandel.

Und jetzt kommen die Folgen
der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise noch dazu.

Wie wir mit dieser schwierigen Situation umgehen,
liegt ausschließlich an uns.

Wir können sie verdrängen und den Kopf in den Sand stecken.
Oder aber: Erkennen und handeln.

Für mich ist diese Entscheidung klar:

Mein Österreich ist ein starkes und selbstbewusstes Land.
Ich will, dass wir Österreich voranbringen.

Mit einem neuen Sinn für das Gemeinsame
und dem Willen zum Handeln.

Im gegenseitigen Vertrauen – nicht im Misstrauen.
Im Miteinander – nicht im Gegeneinander.

Wo stehen wir heute?

Österreich steht in der Krise besser da als andere Länder.

Wir haben uns im vergangenen Jahrzehnt
einen „Wachstumsvorsprung“ erarbeitet.

Das kommt dem Standort Österreich heute zugute.

Im europäischen Vergleich schrumpft unsere Wirtschaft
weniger stark als die anderer Länder.

Mit 4,4% haben wir
die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Europa.

Trotzdem ist jeder einzelne Arbeitslose
einer zuviel.

In der Stabilisierung des Finanzsektors
und in der Konjunkturbelebung
haben wir rasch und zielgerichtet agiert.

Die Stabilisierung unserer Kreditwirtschaft
mit einem Bankenpaket
war ohne Alternative!

Hätten wir nicht gehandelt –
in Österreich - in Europa - international...
In diesen Tagen vor einem Jahr
wären die Sparer und Kreditnehmer
vor verschlossenen Banktüren gestanden.

Das weltweite System wäre kollabiert!

Wer damals wie heute etwas anderes behauptet,
hat den Ernst der Lage nicht begriffen.

Die Maßnahmen haben sich gelohnt.
Kein einziger Sparer hat Geld verloren.

Unsere Konjunkturpakete und die Steuerreform
zählen zu den größten – und wirksamsten! -
Konjunkturbelebungsprogrammen innerhalb der EU.

Ziel der beiden Arbeitsmarktpakete ist es,
Beschäftigung zu sichern und Menschen ohne Arbeit
wieder in Beschäftigung zu bringen.

Für die aktive Arbeitsmarktpolitik
geben wir in diesem Jahr rund 1,4 Mrd. Euro aus!
Allein von der Kurzarbeit profitieren aktuell 55.000 Menschen –
und ihre Familien.

All das und nicht zuletzt auch
unsere gemeinsame starke Währung
– der Euro –
trägt zur Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft bei.

Trotzdem ist Österreich keine Insel.

Als kleine, offene Volkswirtschaft
mit einer Exportquote von rund 60%
können wir uns von den weltweiten Entwicklungen
nicht abkoppeln.

2009 wird unsere Wirtschaft
voraussichtlich um 3,4% schrumpfen.

Und damit wir uns die Dimensionen klar machen:
3,4 % weniger sind 9 Milliarden weniger Wirtschaftsleistung.
Und weniger Wirtschaftsleistung
heißt weniger Wohlstand.

Und alle Prognosen sagen uns:
Die schwierigen Zeiten am Arbeitsmarkt
kommen erst noch auf uns zu.

Ich weiß, viele haben das Thema langsam satt und können das Wort „Krise“ nicht mehr hören.

Und ich höre auch immer wieder:

„Reden wir nicht so viel über die Krise.

Sie ist bei den Leuten ja gar nicht angekommen!“

Ich will dazu nur sagen:

Es gibt sehr viele,

die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen.

Es ist unsere Verantwortung,

dass wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Es ist unsere Aufgabe,

dass die Krise möglichst nicht bei den Menschen ankommt.

Und es ist ein großer Erfolg dieser Regierung,

dass das so ist.

Und da schließe ich ausdrücklich die gesamte Regierung mit Bundeskanzler Werner Faymann an der Spitze mit ein.

Der Abschwung und – in manchen Branchen –

Der fast freie Fall scheint gestoppt.

Das ist aber kein Anlass zum Aufatmen.

Was wir erleben, ist eine Stabilisierung
auf sehr niedrigem Niveau.

Das Erreichen der Talsohle bedeutet nichts anderes,
als dass nun im besten Fall
der beschwerliche Wiederaufstieg beginnt.

Auch mit möglichen Rückschlägen!

Über die Krisenbewältigung können wir uns erst dann freuen:
wenn wir die Ursachen der Krise beseitigt haben,
wenn wir die Folgen der Krise bewältigt haben,
wenn wir vor allem wieder finanzielle Spielräume
für die neuen Herausforderungen haben.

Kurzum:

Wenn wir wieder auf einen soliden Wachstumspfad
zurückgekehrt sind und damit die Voraussetzungen
für wirkliches Wachstum gelegt haben.

Ein selbsttragendes Wachstum,
das nicht nur durch „künstliche“,
öffentliche Stimulierung gestützt,
sondern durch das eigenständige Wirken
von Angebot und Nachfrage getrieben ist.

Das ist gleichzeitig auch der wichtigste und wirksamste Beitrag zur Konsolidierung unserer Finanzen.

Deshalb muss heute gehandelt werden.

Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen uns, was passiert, wenn zulange nichts passiert.

Oder was passiert, wenn die falschen Maßnahmen gesetzt werden.

Ich möchte für Österreich keinesfalls eine Entwicklung wie in **Japan** in den 90er Jahren.

Dort fehlte die Bereitschaft der politischen Eliten zu entscheidenden Strukturreformen.

Die japanische Wirtschaft hat sich in Wirklichkeit bis heute nicht davon erholt.

Oder schauen wir heute nach **Irland**.

Dort mussten aufgrund der prekären Lage der Staatsfinanzen einschneidende Sparpakete geschnürt werden:

minus 7,5% Gehaltskürzungen bei öffentlich Bediensteten,
massive Kürzungen beim Arbeitslosengeld
und bei der Kinderbeihilfe
sowie eine Erhöhung der Einkommenssteuer.

Wie es funktionieren kann,
haben uns **Schweden** und **Finnland** gezeigt.

Schweden und Finnland waren
von der Rezession in den frühen 90er Jahren massiv betroffen.
Aber durch konsequente Umkehr
und durch mutige Reformen
konnten die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Heute zählen beide Länder
zu den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

Damit das auch uns gelingt,
müssen wir den Schritt

vom tagespolitischen Krisenmanagement,
hin zur strategischen Zukunftsarbeit schaffen.

Wir brauchen eine Agenda für ein „**Neues Wachstum**“.

Und das ist zunächst und zuallererst natürlich
neues ökonomisches Wachstum:

Wachstum in den Märkten, denen die Zukunft gehört.

Aber gerade die Krise hat uns unmissverständlich gezeigt:
Alte Rezepte reichen nicht aus,
neue Parameter sind erforderlich.

Es kann nicht nur um neues „Wachstum“
in Märkten und Bilanzen gehen;
um ein Wachstum,
das sich nur in Zahlen und Ziffern misst.

Es geht um ein in seinem Wesen „Neues Wachstum“.

Eine Veränderung unseres Selbstverständnisses,
ein Wachstum unseres Selbstvertrauens,
und unserer Bereitschaft,
die Aufgaben, die vor uns liegen,
zu erkennen und sie entschlossen anzugehen.

Und dieses „Neue Wachstum“
ist keine ausschließlich wirtschaftliche Herausforderung,
sondern hat auch weitreichende
politische und gesellschaftliche Dimensionen.

„Neues Wachstum“ bedeutet vor allem:

Ein neues Verständnis von Verantwortung.

Nicht allein in der Politik,
sondern in allen Gesellschaftsbereichen
bis hin zu jeder einzelnen Bürgerin
und jedem einzelnen Bürger.

Denn mangelndes Verantwortungsbewusstsein
hat uns in diese Krise geführt.

Politiker, die Unhaltbares versprochen haben.

Manager, die eifrig zugegriffen haben.

Medien, die unreflektiert berichtet haben.

Jeder einzelne,

der in der Hoffnung auf schnelle und hohe Gewinne
das Spiel mitgemacht und daher auch
erst in dieser Dimension ermöglicht hat.

Wir alle zusammen haben viel zu spät erkannt,
dass der Glanz blendet,
der Schein trügt
und das System krank.

Die erste Lehre aus der Krise muss daher sein:
Wir müssen – jeder in seinem Bereich –
mehr Verantwortung für sich selbst
und für die Gesellschaft übernehmen.

Wir müssen unser Verantwortungsbewusstsein schärfen.

In der Krise hat vorübergehend der Staat
in vielen Bereichen eine außergewöhnliche Verantwortung
für andere übernommen.

Der Staat hat sich befristet als „Stabilisator“,
als Krisenfeuerwehr, eingeschaltet,
um die Auswirkungen der Krise zu mildern.

Das kann aber nicht auf Dauer so bleiben.

Unser System funktioniert nur,
wenn jeder seine Verantwortung wahrnimmt
anstatt sich zurückzulehnen
und meint, der Staat würden es für ihn richten.

Deshalb eine klare Absage
an alle Verstaatlichungs-Nostalgien...
und -Nostalgiker!

Wir haben in den 80er Jahren gesehen,
wohin uns das führt.

Ein verantwortungsbewusster Staat
muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.
Er soll sich aber nicht
ins operative Geschäft der Wirtschaft einmischen.

„Neues Wachstum“ bedeutet mich zweitens:

Ein neuer Sinn für das Gemeinsame.

Ein neues Verständnis von Solidarität.

Getragen von dem Bewusstsein,
dass Österreich nicht im Gegeneinander der Einzelinteressen,
sondern im gemeinsamen Wollen und Handeln
stark ist und stärker werden kann.

Ich möchte ein Österreich,
das mehr ist als der kleinste gemeinsame Nenner
der Einzelinteressen von Bund, Ländern und Gemeinden,
von Kammern, Gewerkschaften und Verbänden.

Ein Österreich, in dem klar ist,
dass alles, was wir verteilen,
zuerst auch erwirtschaftet werden muss.
Ein Österreich,
in dem Solidarität keine Einbahnstraße ist.

Solidarische Leistungsbereitschaft
und der Wille, Verantwortung zu übernehmen,
müssen wieder zum Ausgangspunkt
unserer Wohlstandsentwicklung werden:

Deshalb muss sich Leistung lohnen.
Es kann nicht ständig nur um Umverteilung gehen.

Wir müssen den Mut haben,
uns auch zur Leistungsgerechtigkeit zu bekennen.
Und Leistung anzuerkennen.

Leistungen, die täglich erbracht werden:

In unseren Betrieben und Behörden,
an unseren Werkbänken und Krankenbetten,
in den Schulen und Universitäten,
in unseren Forschungslabors genauso wie
auf den Höfen unserer Bauern
und nicht zu vergessen in unseren Familien.

Es kann keine Verteilungsgerechtigkeit
ohne Leistungsgerechtigkeit geben!

Wir brauchen Menschen, die ihr Bestes geben.
Und wir müssen ihnen auch die Chance geben,
das zu tun!

Neues Wachstum heißt auch **Neue Freiräume** schaffen.

Neue Ideen, Kreativität und Innovation nicht zu hemmen,
sondern engagiert zu fördern.

Eine offene und aktive Bildungspolitik
und eine zukunftsorientierte Forschungspolitik
sind dazu der Schlüssel.

Aber auch - Veränderung und Dynamik in den Strukturen:
in Politik und Verwaltung,
im Bund und in den Gebietskörperschaften,
bei den Sozialpartnern und Interessenvertretungen.

Wenn sich Wirtschaft und Gesellschaft ändern,
muss sich auch das Staatsgefüge anpassen!

Frieden und Wohlstand in einer international vernetzten und von einander abhängigen Weltgemeinschaft verlangen Offenheit und Toleranz.

Neues Wachstum bedeutet für mich daher auch **Offenheit für gesellschaftliche Vielfalt.**

Denn wir werden in Zukunft nicht nur von unseren großen kulturellen Tradition leben können.

Gerade im Bereich der Kultur, der für vieles andere der Ausgangspunkt ist, dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen.

Wir müssen den Kulturschaffenden in unserer Gesellschaft Raum geben, ihre Leistungen respektieren und uns mit ihnen auseinandersetzen.

Nutzen wir sie als Inspiration für unser eigenes Tun.

In diesem Sinne verstehe ich
neues Wachstum auch als die Bereitschaft,
über sich selbst hinauszuwachsen.

Sich als Teil dieser Zeit zu begreifen.
Und als Teil dieser Welt.

Dementsprechend müssen wir
auch in der Außenpolitik
unsere Interessen definieren
und sie ebenso konsequent wie engagiert vertreten.

Ob gemeinsam mit unseren Nachbarn
oder in der Europäischen Union,
in den Vereinten Nationen,
als Sitz internationaler Organisationen,
und ganz speziell in unserer derzeitigen Funktion
als Mitglied im Sicherheitsrat.

Die Wirtschaftskrise stellt uns auch außenpolitisch
vor neue Herausforderungen:

Die G20 sind ein neuer Machtfaktor im internationalen Gefüge.
Sie haben ihre Rolle als „Krisenfeuerwehr“
in der Finanz- und Wirtschaftskrise
grundsätzlich gut bewältigt.

Ich sehe die Entwicklung der G20
aber auch durchaus kritisch:

Es kann nicht unser Interesse sein,
dass sich die G20,
wie das auch europäische Partner andeuten,
zu einer Art "Weltwirtschaftsregierung" entwickelt.

Ich habe massive Zweifel,
dass es langfristig richtig sein kann,

wenn in einem solchen informellen Gremium der Großen
über den Rest der Welt entschieden wird.

Vielmehr setze ich auf eine bessere Zusammenarbeit
innerhalb völkerrechtlich etablierter Organisationen
und darauf, dass die Europäische Union ihre Interessen
gemeinsam in diesen Institutionen vertritt.

Und weil wir gerade bei Europa sind:

Lassen Sie mich dazu kurz ein paar
sehr persönliche Worte dazu sagen.

Ich bin 1968 geboren.

In diesen Tagen sind genau 20 Jahre
seit dem Fall des Eisernen Vorhanges vergangen.

Ich gehöre damit zu der Generation,
die genau eine Hälfte ihres Lebens im geteilten
und die zweite Hälfte im vereinten Europa lebt.

Ich gehöre zu der Generation,
die 20 Jahre lang mit der Trennung Europas aufgewachsen ist

und die seit 20 Jahren erleben kann,
welche Möglichkeiten und Chancen
uns die Einheit Europas bringt.

Ich denke:

So unveränderlich und alltäglich
wie uns diese Teilung damals schien,
so selbstverständlich darf uns
der Frieden und der Wohlstand niemals werden,
den wir diesem Vereinten Europa
zu verdanken haben.

Es ist die Verantwortung gerade unserer Generation,
dieses Bewusstsein und dieses Wissen
an unsere Kinder weiter zu geben.

Ich möchte daher, dass wir österreichische Interessen und europäische Perspektiven nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander verbinden.

Und ich möchte Österreich als Standort für internationale Organisationen attraktiver machen.

Mindestens ebenso wichtig wie die klassischen Bereiche der Außenpolitik ist mir Österreichs Rolle als Moderator und Motor gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen in dynamischen Regionen.

Ausgehend von unserem Engagement in der Nachbarschaft Mittel- und Osteuropas müssen wir unsere Aufmerksamkeit vermehrt der Schwarzmeerregion zuwenden.

Da insbesondere der Türkei.

Und darüber hinaus dem asiatischen Raum und dem indischen Subkontinent.

Also genau jenen Wirtschaftsräumen, denen alle Prognosen für die kommenden Jahre die größten Wachstumschancen einräumen.

Mehr Verantwortungsbewusstsein.

Mehr Sinn für das Gemeinsame.

Offenheit für Ideen, Kreativität, Vielfalt.

Das sind die Prinzipien eines „Neuen Wachstums“,
mit dem ich Österreich nach vorne bringen will.

Damit komme ich zu **meinem Bauplan**
für das Projekt Österreich.

Für das **Bankensystem** und die **Finanzmärkte**.

Für **Arbeit** und **Wirtschaft**.

Für das **Staatsgefüge**

Für unsere **Sozialsysteme** und **Gesellschaft** insgesamt.

Diesen Bauplan möchte ich
mit Ihnen gemeinsam entwickeln und vorantreiben.

Zunächst zur Wurzel der gegenwärtigen Krise
und damit zur Frage:

Wie sehen die „**Banken und Finanzmärkte der Zukunft**“ aus?

Eines muss uns klar sein:

Es gibt keine Vollkaskoversicherung gegen die nächste Krise.

Um so mehr müssen wir dafür Vorsorge treffen,
dass Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten

nicht so leicht wieder

zum Mühlstein für unsere Zukunft werden.

Ein Jahr nach Ausbruch der internationalen Finanzkrise

müssen wir leider feststellen:

Die Motivation zu einer Reform der internationalen
Finanzwirtschaft hält sich in Grenzen.

Das hat der G20 Gipfel gezeigt.

Die mittlerweile eingetretene Beruhigung

ist für viele ein willkommener Anlass,

alles beim Alten zu lassen.

Um so mehr gilt es jetzt,

die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen

und sie auch umzusetzen.

Bankgeschäfte kennen keine nationalen Grenzen mehr.

Das muss auch für die Aufsichtstätigkeit gelten.

Wir brauchen eine starke **europäische Finanzmarktaufsicht.**

Und wir brauchen auch neue Eigenkapitalregeln
mit einem klaren Ziel:

Banken, die ihr Kerngeschäft betreiben
und Kredite für Unternehmen und Private zur Verfügung stellen,
dürfen dabei nicht bestraft werden!

Wir können und müssen aber in Österreich beginnen:

Ich möchte in den kommenden Wochen
ein umfassendes **Aufsichts- und Vertrauenspaket**
für den Finanzplatz Österreich
mit folgenden Eckpunkten vorlegen:

Erstens.

Ich will das **Vertrauen der Sparer und Anleger**
in die Finanzwirtschaft zurückgewinnen.

Dies kann nur durch klare Regelungen
für Finanzdienstleistungen
und eine konsequente Verfolgung
von Anlegerschadensfällen gelingen.

Ich möchte dabei nicht Produkte verbieten
oder überbordende Formalismen einführen,
sondern ich wähle einen Risiko-orientierten Ansatz:

Jedes Risiko muss für den Investor in der Bilanz
oder für den Verbraucher klar erkennbar werden.
Das ist gesetzlich zu regeln.

Zweitens.

Ich möchte noch **mehr Biss** für die Aufsicht in Österreich.

Die Finanzmarktaufsicht muss erweiterte Ermittlungsbefugnisse
und geschärfte Sanktionsmöglichkeiten erhalten.
Schließlich soll sie letztinstanzlich
für die Bilanzaufsicht zuständig werden.

Drittens.

Die Krise der letzten Monate hat auch gezeigt:

Die Entwicklung der Finanzmärkte betrifft jeden Einzelnen,
sei es als Kreditnehmer oder als Anleger.

Financial Education,

also ein Fach „Finanz- und Wirtschaftserziehung“,

das 1 x 1 der Finanz- und Volkswirtschaft,

muss mittelfristig Bestandteil jeder schulischen Ausbildung sein.

Viertens:

Wir müssen organisatorisch

für mögliche künftige Banken Krisen gerüstet sein.

Und da muss der Grundsatz gelten:

Banken können kommen und gehen,

aber ihre Kunden müssen ein Höchstmaß an Sicherheit haben!

Das Argument „too big to fail“

darf nicht zur zwingenden staatlichen Übernahme von Banken führen.

Besser ist es,

neue Wege zum Schutz von Kundengeldern anzudenken.

Dafür werde ich mich auf europäischer Ebene einsetzen.

Ebenso werden wir auf europäischer Ebene die Einführung einer Finanztransaktionssteuer konsequent vorantreiben.

Geordnete Finanzmärkte

und ein wieder erstarktes Vertrauen in unser Bankensystem sind Grundvoraussetzung

für einen funktionierenden wirtschaftlichen Kreislauf,

für Investitionen und privaten Konsum

und damit essentiell für einen hoffentlich baldigen wirtschaftlichen Aufschwung.

Ich werde jedenfalls jeden Schritt unterstützen,

der die internationale Wettbewerbsfähigkeit
der heimischen Banken sicherstellt,
gleichzeitig aber im Dienste der Kunden steht
und den Steuerzahler nicht belastet.

Nur leistungsstarke, heimische Bankengruppen
stehen als Nahversorger mit Finanzdienstleistungen
den Unternehmen und Menschen dauerhaft zur Verfügung.

Wie sieht unsere Wirtschaft in Zukunft aus?

Die nächsten 5 bis 10 Jahre
werden für die österreichischen Unternehmen
besonders herausfordernd.

Sie agieren in einem unsicheren Umfeld.
Im immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb.
Und unter erschwerten Finanzierungsbedingungen.

Jedes Unternehmen hat sich Fragen zu stellen:
Wie bekommt es Kosten und Qualität in den Griff?
Wie kann es noch schneller und innovativer werden?
Wie kann es letztlich am Markt reüssieren?

Diese Fragestellungen haben die Unternehmen selbst zu lösen.

Der Staat ist aber in der Pflicht, ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen dafür zu bieten.

Zur Stärkung unserer **Exportwirtschaft** werde ich daher staatliche Rückgarantien für private Kreditversicherer anbieten.

Durch diese temporäre staatliche Absicherung von marktfähigen Risiken

bleiben unsere Exporte weiter wettbewerbsfähig.

Experten gehen von einem Volumen bis zu 5 Milliarden Euro aus.

Eines ist jedenfalls klar:

Unsere Wirtschaft wird nach der Krise nicht mehr die gleiche sein wie zuvor.

Die Krise hat uns gezeigt, dass in einigen Sektoren massive Überkapazitäten aufgebaut wurden, die langfristig nicht haltbar sind.

Wir brauchen daher dringend einen Strukturwandel.

Auch wenn es sehr schmerzhaft ist:
Ein künstliches Erhalten
von nicht mehr lebensfähigen Strukturen
bringt uns nicht weiter.

Es hemmt einen rechtzeitigen Anpassungsprozess,
es behindert eine kreative Erneuerung
und führt zu einer „destruktiven Konservierung“,
die uns die Kraft für die Zukunft raubt!

Stattdessen gilt es, neue Geschäftsfelder zu fördern,
nicht alte Strukturen zu konservieren.

Neue, innovative Ideen sind der Grundstein für ein neues
Wachstum.

Das heißt: klarer Fokus auf **Forschung und Innovation**.

In China verdient ein durchschnittlicher Industriearbeiter
etwa 55 Cent pro Stunde.

Die Arbeitskosten in Österreich betragen
mit über 30 Euro ein Zig-faches davon.

Das muss uns klar machen:

Die westliche Welt wird nur durch einen Vorsprung im Bereich Innovation und Technologie wettbewerbsfähig bleiben können.

Daran hängen auch die Arbeitsplätze bei uns.

Auch in Österreich sehen wir schon heute:

Die Beschäftigung in F&E intensiven Unternehmen wächst mehr als doppelt so stark wie in Unternehmen mit niedriger Forschungsintensität.

Basis dafür ist eine hervorragende Grundlagenforschung. Die besten Köpfe sollen an exzellenten Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen auf hohem Niveau forschen.

Wir freuen uns zu Recht über Oscar-Preisträger aus Österreich.

Mein Ziel ist, dass Österreich endlich wieder einmal einen Oscar für wissenschaftliche Bestleistungen gewinnt:
Den Nobelpreis!

Ich möchte Österreich
an der Schnittstelle zwischen Ost und West
zum **Forschungsknotenpunkt Zentraleuropas** machen.

Talentierte Forscherinnen und Forscher
aus Europa und der ganzen Welt
sollen bei uns eine berufliche und gesellschaftliche
Heimat finden.

Ich bekenne mich daher
zu klaren finanziellen Schwerpunktsetzungen
für Forschung und Innovation in unserem Bundesbudget.
Um eine bessere längerfristige Planbarkeit zu ermöglichen,
befürworte ich ein eigenes **Forschungsfinanzierungsgesetz**.

Damit wird über einen längeren Zeitraum hinweg
das finanzielle Engagement des Bundes festgelegt!
Das schafft Sicherheit und Verlässlichkeit –
bester Boden für Innovationen!

Eines muss aber klar sein:

Es gilt – auch in der Forschungsförderung -
Effizienzpotenziale zu heben.

Es gibt sie!

Nur neues Geld ins bestehende System zu pumpen ist zu wenig.

Unsere Forschungsförderung muss viel stärker ergebnis- bzw. outputorientiert sein.

Dies muss im Rahmen der Forschungsstrategie der Bundesregierung umgesetzt werden.

Hier und heute ein zweites finanzielles Bekenntnis zur Forschung:

In den nächsten Wochen werde ich ein Konzept zur Erleichterung für Investitionen in Innovation präsentieren.

Im Mittelpunkt stehen dabei:

Einerseits verbesserte Rahmenbedingungen für Risikokapital in technologienahen Branchen und andererseits kapitalstärkende Instrumente für Wachstumsunternehmen.

Dafür stellen wir gemeinsam mit privaten Anlegern 70 Mio. Euro für die nächsten zwei Jahre zur Verfügung.

Denn die Krönung einer wissenschaftlichen Entdeckung ist deren praktische Anwendung und wirtschaftliche Nutzung.

Letztendlich ist die Bereitschaft zum Risiko,
sind Unternehmertum und Mut die Grundlage dafür,
dass die Ergebnisse der Forschung
auch in unternehmerischen Erfolg münden können.

Deshalb ist mir die Verbindung
von wissenschaftlichem Genius
und unternehmerischem Impetus
so wichtig.

Deshalb will ich sie massiv unterstützen.

Und wenn wir gerade von Unternehmertum sprechen:

Ist es nicht vielfach so,
dass junge Menschen sich sogar dafür rechtfertigen müssen,
wenn sie den Weg der Selbständigkeit einschlagen wollen?

Das muss sich ändern.

Hier müssen wir Bewusstseinsbildung betreiben.

Auch hier geht es um
Eigenverantwortung, Selbstvertrauen,
Offenheit, Mut.

Um „Neues Wachstum“ in unseren Köpfen.

Damit bin ich beim Thema Bildung.

Neue, innovative Ideen entstehen in den Köpfen von Menschen.

In unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt eine unglaubliche Kraft für die Zukunft.

Richtig gefördert und vor allem gefordert,
sind sie der Garant für zukünftige Innovation,
Wachstum und Wohlstand in unserem Land.

Dafür brauchen wir
eine substanzielle Weiterentwicklung
unseres gesamten Bildungssystems,
aber keine Serie von Einzelmaßnahmen.

Wir müssen klar definieren und umreißen,
wohin wir wollen.

Dann werden auch alle an einem Strang ziehen:
Schüler, Eltern – und Lehrer.

Dieses Ziel kann, wenn alle an einem Tisch sitzen,
in wenigen Monaten formuliert werden.

Ich bin bereit dazu.

Meine Eckpunkte für ein zukünftiges Bildungssystem sind.

Im Mittelpunkt:

Es braucht Mut zur Wahrheit.

Nicht jeder ist gleich und braucht Gleiches.

Der Kern:

Die Entfaltung der Persönlichkeit der Einzelnen
und ihrer individuellen Talente.

Die Leitlinie:

Eignung, Neigung, Leistung.

Die vorhandene Vielfalt der Schulen ist eine Stärke unseres
Systems – und muss es bleiben!

An den Schnittstellen der unterschiedlichen Schultypen
muss es zu einer Verbesserung,
zu mehr Durchlässigkeit beim Übergang kommen.
Egal, wo die Schullaufbahn begonnen wird.

Das Ziel muss sein:

Das Ergebnis soll durch Leistung und Talent bestimmt werden
und nicht durch die Schulform.

Die Schule selbst soll
mit echter Autonomie ausgestattet werden.

Und damit verbunden ein Höchstmaß an direkter Verantwortung
für die Leistungen der Schule.

Die Schule soll ihre Lehrer und ihre Ausrichtung
selbst wählen können.

Und vor dem Hintergrund
der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
und im Sinne der berufstätigen Frauen
sage ich ganz klar:

Dort, wo es gewünscht ist,
„Ja“ zur Forcierung eines ganztägigen schulischen Angebots.

Mir ist bewusst,
dass wir auch Geld in die Hand nehmen müssen,
um dieses Angebot zu ermöglichen.
Und auch dazu ein klares „Ja“ von meiner Seite.

Denn wir verbessern damit die Ausbildung unserer Kinder,
unterstützen Familien und legen so einen wichtigen Baustein
für unser zukünftiges Wirtschaftswachstum
und unseren Wohlstand.

Was wir nicht vergessen dürfen:

Bei all dem nehmen die Lehrerinnen und Lehrer eine zentrale Position ein.

Sie sind es, die unsere Kinder und Jugendlichen auf die spätere Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten.

Ich gehe davon aus,

dass die Lehrerinnen und Lehrer unseres Landes das Beste für ihre Schüler wollen.

Geben wir Ihnen auch die Möglichkeit, das Beste zu leisten.

Meine Damen und Herren,

Um das alles umzusetzen, braucht es Mut:

Mut zu Veränderungen,

Mut zum Dialog und Mut zur Leistung.

Und auch hier: Mut zur Wahrheit.

Nehmen wir das Beispiel der Universitäten:

Den hohen Preis für die Abschaffung für die Studiengebühren zahlen nicht die Universitäten alleine.

Sondern vor allem die Studierenden selbst.

Mit Massenbetrieb, mit sinkender Betreuungsqualität

Und mit längerer Studiendauer.

Bildung darf nicht länger ein ideologischer Spielball sein.
Weder an den Schulen,
noch an den Universitäten.

Wie sieht der „Staat der Zukunft“ aus?

Angesichts der enormen Ausgabensteigerungen
in den vergangenen Monaten
ist ein deutliches Wort zur Konsolidierung heute notwendig.
Die Menschen erwarten hier ebenso Klarheit
wie die Märkte.

Der Weg zurück zu gesunden Staatsfinanzen
ist ohne Alternative
und wir werden ihn gehen.

Denn überbordende Schulden lähmen jede Politikfähigkeit,
nehmen uns jeden Gestaltungsspielraum.

Auf den Punkt gebracht:
Schulden fressen Zukunft auf.

Ich habe Sie schon zu Beginn mit einigen Fakten begrüßt.
Und das waren „nur“ die Zahlen für dieses Jahr.

Wenn wir alles so laufen lassen, wie es läuft,
dann würde das folgendes heißen:

Die Neuverschuldung würde in den nächsten Jahren
jährlich um durchschnittlich 13 Mrd. Euro steigen.

Das hieße bis zum Jahr 2012:

insgesamt 52 Mrd. Euro mehr Schulden.

Eine Pro-Kopf-Verschuldung von knapp 29.000 Euro.

Allein für Zinszahlungen 1.300 Euro pro Kopf im Jahr.

Nur um die Zinsen unserer Schulden zu bezahlen,
müsste dann jeder sein 14. Monats-Gehalt opfern!

Das will ich ganz sicher nicht!

Aber ich hoffe,

dass angesichts dieser Zahlen auch dem Letzten klar ist,
was es geschlagen hat.

Natürlich könnte ich es mir

als Finanzminister leicht machen.

Die eine oder andere Steuer ist rasch erhöht.

Aber ich gehöre nicht zu denen,
die das Steuer-Rad mit der Steuer-Schraube verwechseln.

Und das hat nicht nur mit politischer Überzeugung
und ökonomischer Überlegung,
sondern auch sehr viel
mit einer sehr persönlichen Haltung zu tun.

Vor nicht einmal einem Jahr haben viele gefragt:
Manche ganz offen, manche hinter vorgehaltener Hand:

Was macht ein Bauer im Finanzministerium?

Ich bekenne mich dazu.

Ich bekenne mich zu den Prinzipien,
die ich vom bäuerlichen Kreislauf gelernt habe:

Man kann nicht mehr herausholen
als drin ist.

Säen, Wachsen, Ernten ist ein Kreislauf.

Eines ist vom anderen nicht zu trennen.

Und ich werde daher sicher nicht jene,
die tagtäglich hart arbeiten,
um alle wichtigen sozialen Leistungen zu finanzieren,
mit einem einzigen Federstrich noch mehr belasten.

Denn der Aufschwung, der sich abzeichnet,
ist alles andere als stabil.
Ein falscher Schritt – und das zarte Pflänzchen ist zertreten.

Mein Zeitplan ist daher klar:

Im Jahr 2010 muss der Aufschwung stabilisiert werden.
Ab 2011 muss die Konsolidierung wirksam werden.
Und dafür müssen wir jetzt mit den Vorarbeiten beginnen.
Und zwar rasch.

Dabei bleibt uns daher gar nichts anderes übrig,
als unsere Ausgaben zu überdenken,
Liebgewonnenes in Frage zu stellen
und die eine oder andere ‚Heilige Kuh‘ zu schlachten.

Wir alle, Bund und Länder,
aber auch die Gesellschaft als Gemeinschaft
werden dabei gefordert sein.

Mehr als je zuvor.

Eines will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen:

Wer mich auf diesem Weg für Österreich unterstützt,
kann sich darauf verlassen, dass ich ganz genau
auf die soziale Ausgewogenheit achten werde.

Wenn wir davon sprechen,
bei den Ausgaben zu sparen,
müssen wir zwangsläufig
bei der **Verwaltungsreform** beginnen.

Die derzeitigen Verwaltungsstrukturen in Österreich
sind in vielerlei Hinsicht zersplittert und komplex,
im Ergebnis zu teuer
und dazu nicht immer so leistungsfähig,
wie sie sein könnten.
Das wissen wir alle.

Die Konsequenzen sind klar:
Steuergeld, das teilweise in ineffizienten Strukturen versickert,
kann nicht eingesetzt werden, wo wir es wirklich brauchen:
In der Bildung, in der Forschung,
in der Gesundheit, in der Pflege.

Damit es keine Missverständnisse gibt:
Wir leisten uns ein Föderalsystem,
das unserem Land viele Vorteile bringt
und uns stark macht.

Ein verwachsener Föderalismus bringt aber auch Nachteile.
Diese liegen nicht im Föderalismus an sich.

Sie liegen in den über die Jahre gewachsenen
Doppelgleisigkeiten
und der teilweise unklaren Kompetenzverteilung.

Mein Ziel ist daher klar:

Erstens:

Ich will klare Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeiten.
Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung
müssen in einer Hand liegen.

Zweitens:

Wir müssen das Personal dort einsetzen, wo es gebraucht wird,
und nicht dort, wo es aus historischen Gründen schon immer
war.

Der Einsatz von Postbeamten bei der Polizei
ist ein Beispiel dafür,
was geht, dass es geht – und wie gut es geht.

Lassen Sie mich einen Vorschlag formulieren:

Ich wünsche mir als langfristiges Ziel
einen **gemeinsamen Öffentlichen Dienst für Österreich.**

Bund, Länder und Gemeinden sollen
mit den Gewerkschaften
das Modell eines modernen, österreichischen, öffentlichen
Mitarbeiters entwickeln.

Mein Ziel ist ein Öffentlicher Dienst,
der professionell, flexibel und effizient
quer durch alle Gebietskörperschaften
die Aufgaben der Verwaltung wahrnimmt
und für einen Quantensprung
in Qualität und Wirtschaftlichkeit sorgt.

Meine Damen und Herren,
Alle diese Vorschläge bringen uns weiter.

Aber nur dann,
wenn wir die Verwaltungsreform zur Chefsache machen.
Im Bund genauso wie in den Ländern.

Ich werde dem Bundeskanzler daher vorschlagen,
nächstes Jahr eine Art Konklave einzuberufen.

Auf Basis der bis dahin vorliegenden Expertenergebnisse sollen Bundeskanzler, Finanzminister, Landeshauptleute und die Spitzen der Verwaltung verhandeln, bis weißer Rauch aufsteigt.

Es ist an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen.

Ich weiß, dass das schnell gesagt ist – und schwer getan.
Gerade in Österreich.

Unser Land ist ein besonderes Land:

Auf kleinstem Raum eine ganze Welt.

Hochgebirge und Donaauraum, Weltstadt und Bergdorf,
großartige Kultur und unberührte Natur.

Eine Vielfalt und Unterschiedlichkeit,
wie sie viele viel größere Länder nicht haben.

Eine Vielfalt und Typik, die besonders ausgeprägt ist.

Die uns regional unterscheidet – aber auch patriotisch verbindet.

Und dieses Verbindende wird immer stärker sein
als das Unterscheidende.

Wenn wir das erkennen,
dann ergibt sich daraus auch
ein neuer Zugang zu einer Föderalismusdebatte,
die uns weiter bringt als bisherige Auseinandersetzungen.

Der Druck des Faktischen
wird auf allen Ebenen seinen Teil dazu beitragen.

Meine Damen und Herren,
Gesundheit ist den Österreicherinnen und Österreichern
ein sehr kostbares Gut.

Wir haben eines der hochwertigsten Gesundheitssysteme
der Welt.

Damit das auch in Zukunft so bleibt,
ist es die Verpflichtung von uns allen,
unser Gesundheitssystem langfristig abzusichern.

Mein Ziel ist nicht ein teures,
sondern ein exzellentes
und hoch effizientes Gesundheitssystem!

Die jährlich insgesamt 27 Mrd. Euro dafür
sollen nicht in komplexen Strukturen,
diffusen Verantwortlichkeiten
und intransparenten Prozessen versickern.

Sie sollen direkt beim Patientinnen und Patienten ihre Wirkung entfalten.

Deshalb habe ich auch in der Diskussion um die Krankenkassensanierung nachvollziehbare Sanierungsschritte eingefordert.

Nicht weil ich auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten sparen möchte.

Im Gegenteil. Weil ich möchte, dass auch noch unsere Kinder eine Gesundheitsversorgung vorfinden, wie wir sie heute haben.

Damit uns das gelingt, müssen wir in den nächsten Monaten und Jahren wesentliche Weichenstellungen im Gesundheitssystem vornehmen:

Unser Gesundheitssystem ist höchstgradig komplex organisiert. Ungefähr 4000 Finanzierungsströme sorgen dafür, dass das Geld verteilt wird.

Länder, Bund, Orden, niedergelassene Ärzte und andere Heilberufe.

Dies führt zu falschen Anreizen und fehlender Transparenz.

Ich plädiere daher
für eine Bündelung sämtlicher Finanzierungsströme
und eine Finanzierung aus einem Topf.

Das heißt:

Alle Finanzierungsquellen werden in einem Topf
zusammengeführt
und von dort aus
nach einem einheitlichen Maßstab verrechnet:
An die Ärzte, Spitäler und alle Beteiligten.

Die Patientin und der Patient sollen auf der
jeweils am besten geeigneten Ebene betreut werden.
Sei es durch niedergelassene Ärzte oder im Krankenhaus.

Diese beiden Ebenen müssen wir in Zukunft
viel besser vernetzen.

Eine wichtige Rolle müssen dabei die Hausärzte spielen.
Sie müssen verstärkt zu vertrauensvollen Ansprechpartnern
für Patientinnen und Patienten werden.

Ein hoch emotionales Thema,
über das in der Vergangenheit Regierungen gestolpert sind
und Wahlen entschieden wurden,
ist die Frage der Zukunft unserer **Pensionen**.

Hier hat mich eine Zeitungsmeldung in den letzten Wochen
außergewöhnlich berührt.

Die Überschrift dazu lautete:

„Junge rechnen nicht mehr mit einer Pension“.

Für mich – auch als Familienvater – ist diese Aussage
nicht nur alarmierend.

Sie ist bestürzend.

Sie bedeutet nämlich nichts anderes,
als dass die Jugend nicht mehr
an den Generationenvertrag glaubt,
dass sie massive Zweifel an der Generationengerechtigkeit hat.

Und können wir ihnen das verdenken?

Und auch Sie werden es nachvollziehen können,
wenn Sie folgende Zahlen hören:

Wenn jemand im Jahr 1970 seinen 60. Geburtstag gefeiert hat,
konnte er mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren rechnen.
Heute sind es bereits 81 Jahre – 6 Jahre länger.

Das ist die gute Nachricht.

Im gleichen Zeitraum ist das effektive Zugangsalter zur Pension gesunken:
Von 62 Jahre auf 59 Jahre.

Was bedeutet diese Kombination aus steigender Lebenserwartung und gesunkenem Zugangsalter?

Das heißt nichts anderes als:
Der Pensionist aus dem Jahr 1970 ist mit 62 in Pension gegangen und wurde 75 Jahre alt:
Hat also 13 Jahre Pension bezogen.

Der Pensionist von heute geht mit 59 in Pension und wird 81 Jahre alt.
Er wird 22 Jahre seine Pension beziehen.

Allerdings:

Von dieser Pensionsleistung hat er nur einen Teil selbst eingezahlt!

Und:

Heute sind 1,4 Mio. Österreicherinnen und Österreicher über 65 Jahre alt.

Im Jahr 2030 werden es 2,1 Millionen sein.

50 % mehr als heute.

Um sich auszurechnen, was das heißt, braucht man kein Pensionsexperte zu sein.

Und auch kein Finanzminister.

Meine Damen und Herren.

Generationenübergreifende Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Wenn dieses Rückgrat bricht, gehen wir schweren Zeiten entgegen.

Ich sage ganz klar:

Jede Pensionistin und jeder Pensionist kann sich darauf verlassen,

dass in bestehende Pensionen nicht eingegriffen wird.

Aber ich weiß,
dass auch viele Pensionistinnen und Pensionisten
die Dramatik der Entwicklung erkennen.

Und dass sie Verständnis dafür haben,
wenn ich aus Solidarität mit den Jungen
folgendes fordere:

Erstens:

Wir müssen die umfassenden Pensionssicherungsreformen
wirken lassen!

Unser Pensionssystem wird
durch eine Reihe von Ausnahmeregelungen
völlig aus dem Gleichgewicht gebracht.
Diese Ausnahmeregelungen begünstigen
einige wenige auf Kosten aller anderen.

Hier muss rasch Fairness im System hergestellt werden!

Zweitens: Stichwort Hacklerregelung.

Die Verlängerung bis 2013 verursacht schon aus heutiger Sicht
über 2 Mrd. Euro Mehrkosten.

Das sind bereits jetzt 700 Mio. Euro mehr
als noch vor einem Jahr vorgesehen.

Diese Kostenexplosion ist nicht vertretbar.

Wir müssen hier unverzüglich handeln!

Drittens.

Das **Zusammenspiel** zwischen Hacklerregelung, Invaliditätspension, Schwerarbeitspension und der regulären Alterspension muss neu geordnet werden. Unser Ziel muss es sein, dass mehr Menschen das Regelpensionsalter auch tatsächlich gesund und erfolgreich erreichen! Nur so ist unser Pensionssystem auch für die Zukunft gesichert!

Viertens.

Wir brauchen mehr **generationenübergreifende Solidarität.**

Solidarität heißt, dass wir die Leistungen der Menschen anerkennen, die in den vergangenen Jahrzehnten den Wohlstand unseres Landes erarbeitet haben. Aber Solidarität heißt auch, dass wir die Spielräume für die Menschen, die Österreich in Zukunft gestalten werden, nicht verschwindend gering werden lassen.

Darauf gilt es besonders bei den bevorstehenden Pensionsanpassungen zu achten.

Wenn ich vorher
im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung
davon gesprochen habe,
dass ich keine neuen **Steuern** möchte,
dann hat das seinen guten Grund.

Erstens –
und das habe ich so schon in meiner Budgetrede im April
so gesagt:

„Den größten Effekt auf die Staatseinnahmen
hat eine bessere Konjunktur.
Wir müssen also alles tun,
um unserer Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen.
Wer jetzt aber über Steuererhöhungen
oder neue Steuern redet,
der hilft der Wirtschaft nicht auf die Sprünge,
der stellt ihr ein Bein.“

Für mich kommt aber noch ein zweiter Aspekt dazu:

Für mich ist die Steuerfrage
auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit
und der Solidarität mit den arbeitenden Menschen.

Auf der einen Seite ist das Monatsgehalt für Arbeiter und Angestellte bis 1.205 Euro steuerfrei.

Daher zahlen 2,7 Mio. Menschen keine Lohn- und Einkommensteuer.

Gleichzeitig sind diese Menschen aber die Hauptempfänger zahlreicher einkommensabhängiger Beihilfen.

Das führt dazu, dass „Steuerzahlerfamilien“ oft ein weit niedrigeres Familieneinkommen haben als jene, die gar keine Steuer zahlen, aber Anspruch auf zahlreiche Beihilfen haben.

Ich frage mich – und ich frage Sie:
Ist das Verteilungsgerechtigkeit?

Denn vergessen wir nicht:
Gerade jene Menschen, die Steuern zahlen, sind die tragende Säule in unserer Gesellschaft.

Nur durch ihre Leistung werden die vielen staatlichen Leistungen erst ermöglicht.

Darauf wird von all jenen,
die nach Steuererhöhungen rufen, oft vergessen.

Deshalb bin ich so strikt gegen neue Steuern.

Weil sie jene belasten, die das System erhalten und stützen.

Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern.

Stattdessen brauchen wir eine neue Steuerpolitik,
die sich auch am Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientiert.

Deshalb schlage ich

die Einführung eines allgemeinen **Transferkontos** vor.

Ein Konto,

auf dem alle staatlichen Beihilfen pro Haushalt
zusammengeführt und dargestellt werden.

Ein Konto, das mehr Transparenz bringt,

mehr Gerechtigkeit und vor allem:

Mehr Leistungsbewusstsein.

Wir brauchen ein **einfaches, transparentes Steuersystem**,

das keine Schlupflöcher kennt

und die zahlreichen Ausnahmebestimmungen reduziert.

Wir brauchen ein Steuerrecht,
das auch für den Nichtsteuerexperten
verständlich, plausibel und anwendbar ist.

Ein Steuerrecht,
das die Bedürfnisse der Bürger in den Vordergrund stellt
und nicht jene der Experten.

Ein Steuerrecht,
das den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt
und die Leistungsträger entlastet:
Nämlich die, die arbeiten.

Denn vergessen wir nie:
Alles, womit wir hier im Finanzministerium arbeiten,
kommt von irgendwo her.

Vom Landwirt aus Vorarlberg,
vom Arbeiter aus dem Burgenland,
vom Familienbetrieb aus Tirol,
von der Kindergärtnerin aus Niederösterreich,
vom Techniker aus der Steiermark,
von der Freiberuflerin aus Salzburg,
vom Lehrling aus Oberösterreich,
vom Gastwirt aus Kärnten,
vom Polizisten aus Wien.

Das sind die Geber,
die wir heute einmal beim Namen nennen wollen.
Die Nehmer sind uns allgemein bekannt.

Nichts ist schwerer verdient als das Geld,
mit dem wir hier arbeiten.
Sie alle haben ein Recht darauf,
dass wir vernünftig und ehrlich damit umgehen.

Deshalb ist für mich nicht nur wichtig,
dass die Zahlen stimmen.
Der Umgang damit muss verständlich sein.

Erlauben Sie mir zum Schluss
noch ein paar Sätze als Vizekanzler dieser Regierung:

Es gibt viele, die an dieser Koalition Kritik üben.
Sicher oft auch zu Recht.

Aber die Frage ist doch:
Was wäre denn heute die Alternative
zu dieser Regierung von ÖVP und SPÖ?

Weil es keine Alternative zu dieser Koalition gibt,
gibt es für mich auch keine Alternative
zur Zusammenarbeit in dieser Koalition!

Denn ich weiß:

Wir haben eine besondere Situation.

Wir haben eine besondere Verantwortung.

Aber wir haben auch eine besondere Chance.

Zum ersten Mal wurde die Legislaturperiode
auf 5 Jahre verlängert.

Vom ersten Jahr sind gerade 10 Monate vorbei.

Wir haben also noch vier Jahre.

So viel Zeit, wie bisher eine Bundesregierung
in der ganzen Legislaturperiode hatte.

Nutzen wir diese Zeit.

Gemeinsam.

Für neues Wachstum, neue Verantwortung,
mehr Bereitschaft zur Erneuerung:

Von allen – für alle!

Das ist mein Ziel
und mein Weg für das Projekt Österreich.

Für unsere Heimat Österreich.